

Ukraine-Krieg: Wie wehrhaft ist die Europäische Union?

Impulsvortrag am 9. Mai 2022 im politischen Bildungsforum der Konrad-Adenauer-Stiftung Sachsen-Anhalt

Russland feiert heute den Sieg der Sowjetunion über Nazi-Deutschland. 77 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es tragischerweise Russland, das sich auf die falsche Seite der Geschichte begeben hat, indem es einen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen das ehemalige Brudervolk in der Ukraine führt. Die europäische Sicherheitsordnung liegt in Trümmern und das Wort „Zeitenwende“ ist zurecht in aller Munde.

Die letzte Zeitenwende erfolgte mit den Anschlägen vom 11. September 2001. Für die westlichen Streitkräfte begann damals eine Ära komplexer Terrorismusbekämpfungs- und Stabilisierungsmissionen, deren Sinn und Zweck den eigenen Bevölkerungen nur schwer zu vermitteln war. Auch der Feind war nicht immer klar zu erkennen und mit militärischen Mitteln allein auch nicht zu besiegen. Und selbst wenn die eigenen Streitkräfte vor Ort unter feindlichen Beschuss gerieten: Krieg durften diese Einsätze nicht genannt werden – zumindest nicht bei uns. Dieser undurchsichtige Kampf prägte die letzten 20 Jahre deutscher, europäischer und westlicher Sicherheitspolitik.

Die aktuelle Zeitenwende ist dazu der Gegenentwurf und zwingt uns deshalb zu einem radikalen Umdenken. Es gibt einen klar identifizierbaren staatlichen Aggressor, eine Frontlinie und das Gefecht mit verbundenen schweren Waffen. Und die klare Erkenntnis, dass sich die demokratischen Nationen Europas militärisch gegen einen Systemgegner verteidigen müssen, wenn sie weiterhin in Freiheit leben wollen.

Russland bedroht die Souveränität und Sicherheit der europäischen Demokratien aber nicht nur mit seinen Streitkräften. Russland:

- erpresst uns mit Energie- und Rohstofflieferungen,
- versucht mit Desinformationskampagnen die öffentliche Meinung zu manipulieren mit dem Ziel unsere Gesellschaft zu polarisieren,
- hackt staatliche Institutionen und kritische Infrastruktur und fördert zu seinem Vorteil das organisierte Verbrechen im Internet,
- betreibt Spionage und unterwandert die politische Elite,
- lässt russische Dissidenten auf unserem Hoheitsgebiet einschüchtern, vergiften oder ermorden.

In Anbetracht dieses breiten Bedrohungsspektrums kann Wehrhaftigkeit vieles bedeuten, z.B. eine starke Zivilgesellschaft zu haben, Abhängigkeiten in der Wirtschaft und insbesondere im Energiesektor zu begrenzen, Informationssicherheit zu gewährleisten, Redundanzen in der kritischen Infrastruktur aufzubauen oder für Transparenz in der Politik zu sorgen. In letzter Instanz bedeutet Wehrhaftigkeit aber auch, sich mit Waffengewalt verteidigen zu können – so wie es die Ukrainerinnen und Ukrainer tun.

Mit dem Ende des Kalten Krieges wurde die Bedeutung der militärischen Dimension der Wehrhaftigkeit entwertet – zumindest in Europa. Das Fehlen einer existenziellen militärischen Bedrohung ließ das Kaputtsparen und Schrumpfen der Bundeswehr sowie vieler anderer europäischer Streitkräfte akzeptabel erscheinen – man genoss die Friedensdividende in vollen Zügen und gab sich dem Luxus hin, überhaupt zu fragen, wozu man Streitkräfte bräuchte. Jetzt herrscht Krieg in Europa und wir stehen militärisch blank da.

Was trägt die EU in dieser Situation zur Wehrhaftigkeit Europas bei?

Im Rahmen der EU werden die Wirtschaftssanktionen gegen Russland abgestimmt und beschlossen. Und mit Hilfe der Europäischen Friedensfazilität werden 1 Mrd. Euro zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte bereitgestellt. Diese erste Bilanz fällt also etwas ernüchternd aus. Aber was hätte man auch erwarten dürfen?

Die EU ist in der Verteidigungspolitik primär ein intergouvernementales Forum zur politischen Willensbildung. Alle Entscheidungen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (der GSVP) werden im Europäischen Rat und im Ministerrat getroffen, also von den Mitgliedstaaten. Wird dort ein Beschluss gefasst, stellen die partizipierenden Mitgliedstaaten der EU die militärischen Fähigkeiten und Ressourcen zweckgebunden zur Verfügung.

Die militärische Wehrhaftigkeit der EU ist also das Produkt der militärischen Fähigkeiten ihrer Mitgliedsländer und deren Willen, diese Fähigkeiten im Rahmen der GSVP zum Einsatz zu bringen. Nur wenn diese beiden Faktoren zusammenkommen, kann die EU im Rahmen ihrer bestehenden Strukturen militärisch handlungsfähig sein und als verteidigungspolitischer Akteur auftreten.

Das erste Problem ist der mangelnde politische Wille zur Zusammenarbeit bzw. die fehlende Einigkeit, weil die strategischen Kulturen, die Bedrohungsperzeptionen und oftmals auch die wirtschaftlichen Interessen der Mitgliedsländer unterschiedlich ausgeprägt sind. Die in der GSVP erforderliche Einstimmigkeit der Beschlüsse wird somit zu einer besonders hohen Hürde, weshalb Analysten gerade in diesem Punkt Reformbedarf anmahnen. Insbesondere der Einsatz multinationaler Großverbände, wie z.B. die EU Battle Groups, ist daran schon gescheitert.

Der Ukraine-Krieg könnte allerdings zu einem europäischen Erweckungsmoment werden: Der politische Wille zur Zusammenarbeit war nie stärker, die Bedrohungsperzeptionen werden harmonisiert und selbst die strategischen Kulturen gleichen sich allmählich an. Alle diese Punkte finden sich übrigens auch im Strategischen Kompass der EU wieder.

Das zweite Problem liegt in den mangelnden militärischen Fähigkeiten der einzelnen Mitgliedsländer begründet. Das Schicksal der kaputtgesparten Bundeswehr ist nämlich kein Einzelfall in Europa. Infolgedessen sind die EU-Staaten zwar in der Lage im Rahmen der GSVP zeitgleich eine geringe Anzahl von Einsätzen im Bereich des internationalen Krisenmanagements durchzuführen, aber in der Territorialverteidigung sind die Europäer aktuell und auf absehbare Zeit von den militärischen Fähigkeiten der USA abhängig.

Die Fähigkeiten der europäischen Streitkräfte sind übrigens auch deshalb so eingeschränkt, weil es nicht nur von allem zu wenig gibt, sondern gleichzeitig auch zu viele verschiedene Waffensysteme. Es mangelt an Standardisierung und in der Folge an Interoperabilität. Auch die Stückkosten sind dadurch recht hoch. Dies ist vorrangig dem Umstand geschuldet, dass die Entwicklung und Beschaffung neuer Waffensysteme noch immer überwiegend in einem nationalen Rahmen erfolgt, um die heimische Rüstungsindustrie mit Aufträgen zu versorgen. Auch findet die Rüstungsplanung bisher weitgehend ohne Absprachen statt.

Zur Beseitigung dieser Missstände ist gerade die EU bestens geeignet, indem sie als politischer und wirtschaftlicher Akteur finanzielle Anreize sowie rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen für die Mitgliedsländer und die Rüstungsindustrie schafft, die die gemeinsame Planung, Entwicklung, Beschaffung und Wartung effektiver und effizienter machen.

Tatsächlich sind in diesen Punkten seit 2017 erste Erfolge vorzuweisen. 25 EU-Mitgliedstaaten aktivierten die PESCO, die eine engere strukturierte Verteidigungszusammenarbeit ermöglicht und wesentlich zur gemeinsamen militärischen Fähigkeitsentwicklung beiträgt. Der Europäische Verteidigungsfonds wurde ins Leben gerufen, um die gemeinschaftliche Entwicklung und Beschaffung neuer Rüstungsgüter in Europa finanziell zu unterstützen. Zusätzlich nehmen seit 2017 alle EU-Mitgliedstaaten an der Koordinierten Jährlichen Überprüfung der Verteidigung teil, in der sie sich gegenseitig über ihre Verteidigungsausgaben und Planungsvorhaben unterrichten, um die Fähigkeitsentwicklung untereinander besser abstimmen zu können.

All diese Schritte sind richtig und wichtig, aber sie wirken in Anbetracht der Herausforderungen noch immer zu klein gedacht. Die Bürgerinnen und Bürger scheinen da schon viel weiter zu denken und auch mehr zu erwarten. In den allermeisten EU-Ländern spricht sich laut Eurobarometer-Umfragen eine absolute oder zumindest eine große relative Mehrheit für die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee aus – auch in Deutschland. Hinter der öffentlichen Meinung können sich die politischen Entscheidungs- bzw. Bedenkenräger also nicht unbedingt verstecken. Meine eigene Forschung zeigt zudem, dass das Gefühl der Bedrohung durch Russland die öffentliche Zustimmung zur Schaffung einer EU-Armee deutlich erhöht. Ich erwarte also auch in dieser Debatte eine Belebung durch den Ukraine-Krieg.

Hier und heute wird die militärische Antwort auf Europas Bedrohung durch Russland allerdings im Rahmen der NATO formuliert. Drei Gründe stehen dabei im Vordergrund. Erstens: Die NATO gewährleistet seit über 70 Jahren die territoriale Verteidigung Europas – diese Erfahrung prägt und stiftet Vertrauen. Zweitens: Anders als die EU verfügt die NATO über dauerhafte und gut eingespielte Kommandostrukturen – auch das schafft Vertrauen und befähigt zum unmittelbaren Handeln. Drittens: Die USA sind Teil der NATO, nicht der EU – und nur die Fähigkeiten der USA gewährleisten aktuell die territoriale Verteidigung Europas. Warum sollte man dann die EU als Verteidigungspolitische Union weiterentwickeln wollen?

Das historisch gewachsene und eigentlich unerschütterliche Vertrauen der Europäer in die USA als wohlwollender Hegemon und das damit verbundene Gefühl der Sicherheit hat in den vier Jahren von Donald Trumps Präsidentschaft einen schweren Schaden erlitten.

Zeitweise wurden die USA von den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland im Durchschnitt als größere Bedrohung wahrgenommen als China oder Russland!

Die aktuelle US-Administration mag den Europäern wohl gesonnen sein, aber der drohende Konflikt mit China zwingt die Amerikaner dazu, vermehrt militärische Ressourcen in die indopazifische Region zu verlegen und auch die Entwicklung und Beschaffung entsprechender Waffensysteme auf diesen Konflikt auszurichten. Mit Blick auf eine mögliche globale Arbeitsteilung erwarten die Amerikaner von den Europäern deshalb zurecht, dass sie in der Lage sein sollten, sich selbst zu schützen – sowohl vor Bedrohungen aus der östlichen wie auch der südlichen Nachbarschaft. Außerdem kann ein Trump 2.0-Szenario nicht ausgeschlossen werden.

Genau deshalb fordert Frankreich die Strategische Souveränität der EU, womit die militärische Unabhängigkeit von den USA gemeint ist. Dieses Ziel ist erstrebenswert, aber in Anbetracht der akuten Bedrohungslage und der Fähigkeitsdefizite der Europäer sollte man diese Debatte nicht immer öffentlich führen. Die Europäer bleiben auf absehbare Zeit für ihre territoriale Verteidigung auf die militärischen Fähigkeiten der USA und auf die NATO als Organisationsrahmen zur Bündelung ihrer eigenen militärischen Kräfte angewiesen.

Allerdings verfügt auch die NATO über keine eigenen Truppen und greift – genau wie die EU – auf die nationalen Streitkräfte ihrer Mitgliedsländer zurück, weshalb eine starke NATO militärisch starke EU-Staaten erfordert. 21 EU-Mitgliedstaaten sind bereits in der NATO – Tendenz steigend. Und es sind ja vor allem die Amerikaner, die im Zuge der Burdensharing-Debatte die europäischen Verbündeten mit Nachdruck dazu auffordern, deutlich mehr in ihre Streitkräfte zu investieren. Zudem haben die EU und die NATO bereits eine Reihe von Vereinbarungen zur militärischen Zusammenarbeit getroffen.

Wir Europäer tun jedenfalls gut daran, die uns noch verbleibende Zeit unter dem amerikanischen Schutzschirm zu nutzen, um unsere militärischen Fähigkeitslücken zu schließen, indem wir uns bei der Planung, Entwicklung, Beschaffung und Wartung besser abstimmen und unsere begrenzten Ressourcen intelligent und effizient bündeln. Der Organisationsrahmen zur Fähigkeitsentwicklung muss die EU sein! In welchem Rahmen wir diese Kräfte dann zum Einsatz bringen, ist eine gänzlich andere Frage. So oder so ist aber klar: Eine starke NATO braucht auch starke europäische Streitkräfte.

Putin greift die Ukraine an, weil sie nach Westen will und damit greift Putin in der Ukraine auch den Westen an. Ob sich Putin in der Ukraine stoppen lässt ist unklar. Klar ist aber, dass Putin ein strategisches Ziel mit diesem Krieg bisher nicht erreicht hat: Europa und den Westen zu spalten und zu schwächen. Im Gegenteil. Noch auf der Münchner Sicherheitskonferenzen 2020 hat der Westen seinen eigenen Niedergang thematisiert – und das wohlgermerkt unter der Überschrift „Zeitenwende“!

Nun gibt es eine tatsächliche und keine herbeigeredete Zeitenwende. Und der Westen, allem voran die europäische Gemeinschaft, antwortet darauf in einer bemerkenswerten Geschlossenheit und mit einer Entschiedenheit, die wohl auch Putin überrascht haben dürfte. Diese Erfahrung sollte uns lehren, unsere eigene Stärke nicht zu unterschätzen.

Wir alle hoffen, dass der Krieg schnellstmöglich zum Wohle der Menschen in der Ukraine endet. Ich befürchte jedoch, dass sich diese Hoffnung als naiv erweisen wird. Wahrscheinlich ist die Ukraine sogar erst der Anfang eines globalen Konflikts zwischen Demokratie und Autokratie, zwischen der Stärke des Rechts und dem Recht des Stärkeren. Denn so sehr sich unsere Aufmerksamkeit auf das richtet, was in der Ukraine und damit vor unserer Haustür passiert, dürfen wir eines nicht aus dem Blick verlieren: So wie Russland jetzt die Ukraine als souveränen Staat auslöschen möchte, hat auch China wiederholt erklärt, sich Taiwan in absehbarer Zukunft einverleiben zu wollen – wenn es sein muss mit Gewalt. An der Entschlossenheit von Chinas Präsident Xi Jinping sollten jedenfalls keine Zweifel aufkommen. Es ist sicherlich kein Zufall, dass Russland und China gerade jetzt erklären, ihre strategische Partnerschaft befände sich in der besten Verfassung ihrer Geschichte. Und ist es auch nicht bloße Nächstenliebe, die Japan, Australien oder Südkorea dazu bewegt, sich für die Ukraine zu engagieren.

Eine neue Weltordnung nimmt Gestalt an, die Blöcke bilden sich und die EU muss ihren Beitrag zur militärischen Verteidigung der Demokratie leisten – in Europa und wenn es sein muss auch darüber hinaus! Wir können es uns nicht länger leisten und den Amerikanern auch nicht länger zumuten, dass wir Europäer auch 77 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch nicht einmal imstande sind, Verantwortung für den Frieden in Europa zu übernehmen, während verbrecherische und anti-demokratische Regime ihre Vernichtungskriege als Siege feiern!